

18. XI. 1915

Wehrpflichtdebatte im englischen Unterhause.

Beschimpfungen gegen Deutschland anlässlich angeblicher Armeniermassakers.

London, 17. November.

Das Reutersche Bureau meldet:

Bei Erörterung der armenischen Massakers sagte Lord Robert Cecil, es gebe in der Weltgeschichte kein schrecklicheres Verbrechen. Die Massakers seien ganz ohne Grund erfolgt. Die Behauptung, daß Agenten die Armenier zur Empörung aufgestachelt haben, sei völlig falsch. Der größte Schutz der Armenier würde ein britischer Sieg sein. In diesem Kriege müßten alle Hilfsquellen verwendet und die Feinde gezwungen werden, unsere Friedensbedingungen anzunehmen. Deutschland allein sei imstande, den Massakers Einhalt zu tun; seine mittelbare Mitschuld sei jedoch zweifellos festgestellt. Das Glaubensbekenntnis des deutschen Militarismus führe logischerweise zu solchen Verbrechen, weil es den Staat an die Stelle setze, die bei anderen Völkern von Religion und Moral eingenommen werde. Es gebe keine Grenze für die Degradierung eines Volkes, das einen solchen Glauben annimmt. England würde eine derartige Lehre niemals annehmen. Cecil schloß: Wir stimmen mit Edith Cavells letzten Worten überein: Patriotismus allein genügt nicht. Das ist eine tiefe Wahrheit, die von der großen Patriotin ausgesprochen wurde. Wenn die Deutschen die Vergötterung des Staates nicht aufgeben, werden sie sogar noch tiefer sinken als jetzt.

(Anmerkung des Wolffschen Bureaus: Cecil soll vor einiger Zeit die Neuzeiung getan haben: Wenn mein Vater noch lebte, so wäre dieser Krieg nicht ausgebrochen. Das möchten wir auch glauben. Wenn die Leitung der englischen auswärtigen Politik in den Händen eines Staatsmannes von der Bedeutung und Energie Lord Salisbury geruht hätte, so wäre zweifellos die russische Regierung an der pivotalen Entfesselung des Weltkrieges verhindert worden. Wäre das aber nicht gelungen, so hätte Salisbury wenigstens England die fürchtbaren Wunden erspart, die ihm der gegenwärtige Krieg geschlagen hat. Was würde der streitbare Führer der englischen Konservativen wohl sagen, wenn er die leichtfertigen, jeder tatsächlichen Begründung entbehrenden Anklagen gegen Deutschland und die hohlen Phrasen hören könnte, mit denen sein Sohn dem Unterhause aufgewartet hat?)

Die Frage der Wehrpflicht.

Auf eine Anzahl Fragen, die wegen der Wehrpflicht gestellt wurden, antwortete Premierminister Asquith schließlich, der Dienstzwang werde nur mit Zustimmung des Parlaments eingeführt werden.

Das Haus trat sodann in die Verhandlungen über die Wehrpflichtfrage ein.

Whitehouse (liberal) wies auf den Widerspruch zwischen den Erklärungen Asquiths und dem Communiqué Lord Derbys hin, wonach die Unverheirateten zwangsweise ausgehoben würden. Das sei eine Beleidigung des Parlaments und ein Bruch seiner Privilegien. Die jetzigen Utten der Anwerbung seien praktisch bereits ein ungesetzlicher Dienstzwang.

Alfred Mond sprach für die Wehrpflicht.

Duthwaite erklärte in einem Zwischenruf: Die Leute wollen nicht in die Armee eintreten und wollen keinen Krieg.

Sherwell (liberal) sagte: Asquith erklärte, daß die Wehrpflicht nur mit allgemeiner Zustimmung der Nation eingeführt werden solle. Gegenwärtig bestehe nicht die entfernteste Möglichkeit einer nationalen Einstimmigkeit über den Dienstzwang in irgendwelcher Form. Die Regierung müsse mit der großen Opposition der Arbeiterschaft in vielen Landesteilen rechnen. Die Opposition würde noch durch viele nicht dem Arbeiterstande Angehörige verstärkt werden. Auch viele Parlamentsmitglieder hielten an ihrer alten Uebzeugung fest. Die Regierung könnte in die Lage kommen, die Reichsverteidigungsakte gegen Abgeordnete anzuwenden.

Thomas (Arbeiterpartei) kritisierte die Erklärung Lord Derbys sowie die Rede Churchills, die notwendig andere Erklärungen herausfordere. Die Arbeiter seien des elenden Streites zwischen den Männern, die die Kriegführung leiten, überdrüssig. Redner schloß: Ich glaube nicht, daß irgendeine Regierung die Wehrpflicht im Unterhause durchbringen kann. (Beifall bei den Radikalen.) Es würden Neuwahlen notwendig sein, aber selbst dann würde die Opposition jeden Absatz und jede Zeile des Wehrpflichtgesetzes bekämpfen. Gewisse Mitglieder des Hauses und des Cabinetts irren über die Stärke der im Lande gegen die Wehrpflicht herrschenden Strömung.

Minister Bonar Law bestritt, daß ein Widerspruch zwischen den Erklärungen Asquiths und Lord Derbys bestehe. Er legte die bekannten Schwierigkeiten der Regierung dar und sagte: Asquith haßt den Gedanken eines Systemwechsels in der Rekrutierung, wird aber vielleicht zu dem Entschluß kommen, daß eine Änderung notwendig wurde. Es ist ein großer Irrtum, zu glauben, daß wir unsere Finanzen so einrichten können, daß wir den Krieg unbegrenzt fortsetzen. Der einzige Weg ist, die finanziellen Hilfsmittel in die Wagschale zu werfen, um eine schnelle Entscheidung zu erzielen. Es verhält sich ebenso wie mit den großen Armeen des Kontinents. Frankreich weiß genau, daß es die Armee nicht für eine beträchtliche Zahl von Jahren auf dem jetzigen Stande erhalten kann. Es hofft aber, den Stand so lange zu erhalten, bis der Feind geschlagen ist. Ebenso ist es mit den Finanzen. Wir können nicht ewig aushalten, müssen jedoch länger aushalten als der Feind. Die beste Finanzpolitik ist, eine möglichst große Armee

aufzubringen, um den Krieg möglichst schnell zu beendigen. Je eher der Krieg zu Ende ist, desto besser ist es für die Finanzen und für alles übrige.